

**14.01.2014**

**Niederschrift**

---

**Beirat für Feuerwehr und Bevölkerungsschutz**

am 20.11.2013 | Kreishaus Unna | Hubert-Biernat-Raum | Friedrich-Ebert-Straße 17 |  
59425 Unna

**Beginn** 16:00 Uhr

**Ende** 17:10 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Günter Bremerich

**Kreistagmitglieder SPD**

Herr Carsten Jaksch-Nink

Herr Dieter Mendrina

Frau Bärbel Schmidt

Frau Brunhilde Weinhold

**Kreistagmitglieder CDU**

Herr Hubert Zumbusch

**Sachkundige Bürger/innen CDU**

Herr Herbert Jahn

**Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Barbara Streich

**Sachkundige Bürger/innen FDP**

Herr Rainer Seepe

**Ordentliches Mitglied**

Herr Thomas Engelbert

Herr Alfred Krömer

Herr Ulrich Peukmann

**Verwaltung**

Herr Rüdiger Sparbrod, Dezernent

Herr Holger Stoltefuß, Sachgebietsleiter

Herr Jürgen Wirth, FB 32.3

Frau Cornelia Wagner, Schriftführerin

Herr Bremerich begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird folgende Änderung festgelegt: Aus zeitlichen Gründen wird der TOP 4 in den TOP 2 als TOP 2.1 integriert. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich dementsprechend, so dass nach folgender Tagesordnung beraten wird:

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- Punkt 1** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- Punkt 2** Produktorientierter Haushalt 2014 des Fachbereiches 32 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung für den Bereich des Bevölkerungsschutzes, Produktgruppe Nr. 32.03
  - Punkt 2.1** Optimierung der Aufgaben des Feuerwehrservicezentrums
- Punkt 3** Aufgabenschwerpunkte 2014 - 2016 für das Sachgebiet Feuerwehr und Bevölkerungsschutz
- Punkt 4** Sachstand Digitalfunk
- Punkt 5** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 6** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### Öffentlicher Teil

- Punkt 1** **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

- Punkt 2** **Produktorientierter Haushalt 2014 des Fachbereiches 32 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung für den Bereich des Bevölkerungsschutzes, Produktgruppe Nr. 32.03**

#### Erörterung

Herr Bremerich bittet Herrn Sparbrod um Erläuterungen zum Budget 32. Eingangs verweist Herr Sparbrod im Produkthaushalt auf das Gesamtergebnis (Seite 43), das defizitär um rund 140.000 Euro gestiegen sei. Grund hierfür sei auch der Rückgang bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten in Höhe von 100.000 Euro, was mit den Leitstellengebühren zusammenhänge. Diese habe man im Jahr 2013 etwas euphorisch um eben diesen Betrag zu hoch angesetzt. Die tatsächliche Kalkulation des Fachbereiches für 2014 mit 1,9 Mio. Euro werde aber, versichert Herr Sparbrod, erreicht. Leichte Veränderungen hätten sich bei den Personal- und Sachaufwendungen ergeben. Es handele sich jedoch hierbei um ganz normale Ausgaben für Einsatzleitnehmer, die dortige Technik und den Digitalfunk. Neue Projekte gäbe es nicht.

Zu der nun folgenden Präsentation (Anlage 1) hätte er den Beiratsmitgliedern ein mit genauen Zahlen versehenes Papier vorgelegt, das detaillierte Aussagen biete.

Zunächst geht Herr Sparbrod auf den Schwerpunkt Rettungsdienst / Luftrettung sowie dessen Fortschreibung ein, die letztmalig in 2011 vorgenommen worden sei, und verweist auf die bereits im Vorfeld genannten minus 100.000 Euro für Kreisleitstellengebühren. Der Gutachter hätte seinerzeit empfohlen, statt einer 60prozentigen Kostenabdeckung durch die Krankenkassen 65 Prozent zu erreichen, die nun auch akzeptiert worden wären. Diese Anerkennung sei jedoch mit der Auflage erfolgt, für den Rettungsdienst eine einheitliche Gebührensatzung umzusetzen. Dies würde aber, so Herr Sparbrod, bedeuten, dass man dadurch zu einer einheitlichen Kreisgebühr käme, was sich als schwierig gestalten könnte. In Gesprächen mit involvierten Städten hätte man bemerkt, dass dort unterschiedliche Sichtweisen vorlägen. Seiner Einschätzung nach werde es dadurch noch eine gewisse Zeit dauern, bis man hier zu einer Einigung käme. Dies sei den Krankenkassen auch so signalisiert worden.

Für die mobile Datenerfassung in Einsatzfahrzeugen hätte man schon im Haushalt für 2013 Gelder bereitgestellt, um die Möglichkeit zu haben, Versicherungskarten für Abrechnungszwecke nutzen zu können. Leider gestalte sich die technische Seite schwieriger als zunächst angenommen. Deshalb könne man zurzeit nicht sagen, wann das gelingen werde.

In diesem Haushalt seien Gelder an verschiedenen Stellen für Ausbildungen für den Führungs- und Krisenstab, aber auch für die Mitarbeiteraus- und -fortbildung vorgesehen. Da die für 2013 vorgesehene große Übung hätte abgesagt werden müssen, seien nun für 2014 zwei Übungen geplant. Wie wichtig dies sei, wäre ihm noch einmal durch den Flugzeugabsturz in Fröndenberg vor Augen geführt worden. Diesbezüglich sei auch ein Informationsbesuch in Wesel geplant.

Den Rettungsdienstzug betreffend, verweist Herr Sparbrod auf seine Ausführungen in der letzten Beiratssitzung. Einzelne Einsätze habe es bereits gegeben. Auf jeden Fall wäre dies ein Punkt, der zum Tragen käme bei der Unterstützung der NRW-Konzepte zur Großschadensabwehr. Unbedingt fortzuschreiben wären sowohl der Gefahrenabwehrplan als auch die Pläne, die bis jetzt vorlägen.

Die Erstellung eines Katasters für kritische Infrastrukturen betreffe nicht nur das Jahr 2014, sondern auch die Folgejahre. Hier müssten auch „Externe“ mit eingebunden werden, so Herr Sparbrod. Vorab sei aber noch zu klären, ob man tatsächlich damit in 2014 oder erst in 2015 begänne. Auf jeden Fall müssten, was Autobahnen, Wasserstraßen, gefährliche Betriebe angehe, Vorkehrungen getroffen werden. Er nehme vorweg, dass im kommenden Jahr eine neue „Seveso III-Richtlinie“ aufgestellt werde. Wenn diese zur Verabschiedung käme, könnte es sein, vermutet Herr Sparbrod, dass zusätzliche Einrichtungen und Betriebe im Kreis Unna davon betroffen wären. Zurzeit gäbe es acht Betriebe im Kreis Unna, deren Zahl sich aber in 2014 erhöhen könnte. Somit müssten dann externe Notfallpläne fortgeschrieben bzw. aufgestellt werden.

Für den Großeinsatz im Osten, Stichwort „Elbehochwasser“, seien Sandsäcke eingesetzt worden, die als Ersatz neu zu beschaffen wären. Zwar werde dieser Einsatz über die Kostenerstattung abgerechnet; die Sandsäcke wären trotzdem in einer Größenordnung von ca. 23.000 Euro zu beschaffen, da dies Gefährdungsleistungen oder Gefahrenabwehrmöglichkeiten hier im Kreis Unna betreffe.

Derzeit würden auch Überlegungen dazu angestellt, wie man mit der Warnung der Bevölkerung umgehe. Hierzu sei ein Arbeitskreis gegründet worden. Es zeichne sich die Richtung ab, die Sirenenanlagen in den Städten und Gemeinden zu nutzen, wobei man nicht vergessen dürfe, dass die alten Sirenenanlagen technisch zu ertüchtigen wären. Des Weiteren bestehe ein Problem in Lünen. Hier existiere keine einzige Sirenenanlage, die ertüchtigt werden könne. Alles müsse neu angeschafft werden. Jedoch gäbe es Absprachen

dazu im Arbeitskreis. Zu gegebener Zeit werde man Vorschläge unterbreiten, die im Rahmen der Bürgermeisterkonferenz ohnehin noch einmal kommuniziert würden. Diskussionen bezüglich der Warnung der Bevölkerung führe man aber nicht nur im Kreis Unna, sondern bundesweit. Er denke und hoffe jedoch, dass diese Diskussionen in 2014 zum Abschluss kämen.

Herr Bremerich erinnert daran, dass Herr Wirth unter dem Punkt „Mitteilungen der Verwaltung“ zu diesem Thema berichten werde. Auf die Frage, ob Bedenken bestünden, Herrn Wirth jetzt hierzu berichten zu lassen, erklärt Herr Sparbrod, dass dies nicht der Fall sei.

Herr Wirth weist eingangs darauf hin, dass der Arbeitskreis inzwischen zweimal getagt habe. Zwischenzeitlich habe man Kontakt mit der Firma Helin, die die Sirenen installiere, und der Firma Sonnenburg, die die Sirenen herstelle, aufgenommen und ein Abkommen darüber getroffen, dass zunächst einmal unentgeltlich eine Überplanung des Kreisgebietes vorgenommen werde. Mittlerweile gebe es für acht von zehn Kommunen Beschallungspläne; die übrigen zwei befänden sich noch in der Erstellung. Diese Pläne zeigten den jetzigen Bestand auf und wie der Bestand sein müsse, um flächendeckend Sirenenwarnung zur Verfügung zu haben. Nach neuesten Informationen aus dem Landkreistag und dem Ausschuss für Zivil- und Katastrophenschutz, dem er angehöre, werde das Land in 2014 für die Warnung der Bevölkerung zehn Millionen Euro in den Haushalt stellen, deren Verteilung ähnlich erfolgen solle wie die Feuerschutzsteuermittel. Das bedeute, dass auch Lünen in die Lage versetzt werde, Sirenen anschaffen zu können. Damit habe das Land erkannt, dass Sirenen das einzige Weckmittel für die Bevölkerung seien. Trotzdem werde es keine Mittelfestschreibung geben; die Mittel würden lediglich unter dem Stichwort „Warnung“ freigegeben. Wichtig wäre dem Kreis, dass alle Kommunen die gleiche Zielsetzung hätten, damit es nicht passiere, dass die eine z. B. Handyalarmierungen vornehme, während die andere über Sirenen warne.

Herr Wirth geht noch einmal darauf ein, dass man abwarte, bis die Beschallungspläne vervollständigt seien, um mit den Kommunen zu klären, ob diese realistisch seien, da bei den Plänen keine Topographie berücksichtigt wäre. Dann müsse man schauen, was in 2014 tatsächlich vom Land zugewiesen werde, um eine entsprechende Steuerung, die Sirenenwarnung betreffend, vornehmen zu können.

Seiner Ansicht nach seien die zehn Millionen Euro Landeszuweisungen nicht so viel, als dass man ohne eigene Haushaltsmittel auskäme, insbesondere Lünen. Er denke, dass in 2014 der erste Schritt getan werde mit der Sireneninstallation. Und das werde sich dann bis 2015 hinziehen. Gleichzeitig werde das Land für die Leitstellen MOWAS zur Verfügung stellen. Dies sei eine Plattform, auf der man alle Warnmittel wie Sirenen, Handys, Rauchwarnmelder etc., anschließen könne. Von dieser Plattform könne die Leitstelle praktisch alle Bereiche alarmieren, die gefährdet seien. MOWAS werde kostenfrei vom Land zur Verfügung gestellt.

Auf die Frage Herrn Bremerichs, ob Einigkeit unter den Kommunen des Kreises darüber bestehe, dass die Warnung ausschließlich über Sirenen geschehen solle, meint Herr Wirth, dass dies zumindest bisher der Fall wäre. Letztendlich wäre die Sirene nur das Mittel für die Weckfunktion, viel wichtiger wäre es, dann zu überlegen, wie und in welchem Umfang die Information an die Bevölkerung erfolgen solle – über Radio, Internet etc. Wichtig wäre die Einbindung der Kommunen insgesamt in das Gesamtkonzept Kreis. Eine Frage sei auch, inwieweit man Nachbargemeinden, je nach Gefahr, mitwarnen müsse. Dann käme der nächste Schritt: Wie könne denen, die das Sirensignal nicht kennen, dieses nahe gebracht werden. Wahrscheinlich müsse man, wie bereits früher schon, vierteljährlich die entsprechenden Übungen wiederholen, damit sich das wieder „einschleife“. Leider habe das Land die Sirenentöne auf drei verschiedene Töne festgeschrieben. Eine Etablierung dieser Töne wolle Herr Wirth, seinen Bericht abschließend, jedoch bezweifeln.

Herr Jahn erinnert daran, dass, als die Alarmierung noch analog erfolgt sei, die ein oder andere Schwierigkeit bestanden hätte im Kreisgebiet. Mit Einführung der digitalen Alarmierung erwarte er, nach einem Zeitraum von ca. einem halben Jahr, keine Probleme mehr. Er wolle aber die Bedenken Herrn Wirths bestätigen, dass verschiedene Sirensignale niemand mehr kenne. Die Bevölkerung müsse aber wissen, dass, wenn ein Sirensignal ertöne, Gefahr bestehe und z. B. das Radio einzuschalten sei. Im Sinne der Bevölkerung sollten die Feuerwehren noch einmal überlegen, ob es, auch im Hinblick auf die digitale Alarmierung, nicht besser wäre, sich auf einen Signalton zu verständigen. Er bitte Herrn Wirth, dieses im Arbeitskreis noch einmal ganz deutlich zu machen.

Herr Sparbrod stimmt Herrn Jahn zu und fährt mit den Ausführungen zu seiner Präsentation fort. Er weist darauf hin, dass im Haushalt eine Korrektur vorzunehmen sei, nämlich zum Punkt „Beschaffung eines Pumpenprüfstandes“. Er bitte darum, diesen durch „Gerätesatz Decon G“ zu ersetzen.

## **Punkt 2.1                      Optimierung der Aufgaben des Feuerwehrservicezentrums**

### Erörterung

Bezüglich der Optimierung der Aufgaben des Feuerwehrservicezentrums wolle er darauf hinweisen, dass alle Fraktionen und Gruppen einen Vermerk von ihm erhalten hätten, der die Anlage 1 der Präsentation (s. Anlage 2) enthalte. Diese Anlage weise das Spektrum aus, das das Zentrum bereits heute erledige. Herr Sparbrod gibt nun weitere Erläuterungen zu dieser Anlage. Die Ergebnisse der Gespräche mit den Wehren und der Abfrage darüber, was das Feuerwehrservicezentrum noch erledigen könnte, spiegele die Anlage 2 wider. Danach habe man sich gefragt, was es bedeuten würde, wenn man das, was in der Anlage neu hinzugekommen sei, zusätzlich bearbeite. Nach den Berechnungen auf der Basis der Kosten und der jeweiligen Anhaltswerte der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGST) würde neben den zwei Stellen, die sowieso schon vorgehalten würden, und neben den Stunden, die sich der Kreis, insbesondere in den Sommermonaten, zusätzlich auf Honorarbasis einkaufe, noch eine weitere Vollzeitstelle benötigt. Weitere Folgen könnten der Folie 9 entnommen werden. Er wolle aber darauf hinweisen, dass, wenn die Kreiselpumpen geprüft werden müssten, bauliche Maßnahmen zu ergreifen wären. Das hänge mit der Zisterne zusammen und koste ca. 100.000 Euro. Diese müsse ertüchtigt werden ebenso wie die Zuwegung dorthin. Auch eine Erweiterung um technische Komponenten müsse erfolgen. Nach jüngsten Gesprächen mit den Wehrführern habe es nun den Hinweis der Stadt Unna gegeben, dass der Kreis die Zisterne der Stadt nutzen könne. Dadurch müssten lediglich Veränderungen in kleinerem Rahmen vorgenommen werden, so dass der Kreis nicht, wie bislang vorgesehen, von 100.000 Euro, sondern nun von 40.000 bis 50.000 Euro ausgehen könne. Er werte das auch als gutes Signal für die interkommunale Zusammenarbeit. Da es sich dabei um eine neue Aufgabe handele, wären diese Kosten auch nicht in den Haushalt 2014 eingebracht worden. Vielmehr wolle man dieses mit der Politik im Rahmen der Haushaltsplanberatung diskutieren. Und hier käme es darauf an, was signalisiert werde: Einstellung der Kosten in den Haushalt 2014 oder lediglich Vorbereitung und Beginn erst in 2015.

Herr Sparbrod informiert darüber, dass Herr Krömer, der gerade einen anderen, wichtigen Termin wahrzunehmen habe, vorschlage, die Fahrzeuge, die sich auf dem Hof befänden, komplett durchzuprüfen. Wegen unterschiedlicher Meinungen dazu müsse aber noch einmal diskutiert werden.

Herr Bremerich dankt Herrn Sparbrod für die Ausführungen.



gegeben habe, der von den Städten ganz unterschiedlich bewertet worden wäre. Deshalb sei man dabei nicht „auf einen Nenner“ gekommen. Zur Verdeutlichung erklärt Herr Stoltefuß, dass die Leitstelle / der Kreis immer eingebunden sei, da alle Daten, die in den Fahrzeugen gesammelt würden, in ein Protokoll aufgenommen würden, das letztendlich dem Krankenhaus übergeben werde. Dies bedeute, dass, wenn das Krankenhaus den Patienten übernehme, dieses versorgt sei mit den kompletten entsprechenden persönlichen und medizinischen Daten. Das sei das Ziel, das man in zwei bis drei Jahren erreichen wolle. Die 12.000 Euro seien dafür gedacht, die Kreisleitstelle zu ertüchtigen. Da es um erhebliche Datenmengen gehe, werde wohl ein zusätzlicher Server angeschafft werden müssen. Man könne von ca. 120 Rettungsdiensteinsätzen pro Tag ausgehen; da es sei für die Städte immens wichtig, dass keine Daten verloren gingen, denn anhand dieser Daten erfolge die Abrechnung.

Im Bereich Abwehr von Großschadensereignissen stelle die Fortschreibung der externen Notfallpläne einen sehr großen Schwerpunkt dar. Hierbei weist Herr Stoltefuß auf die Störfallverordnung hin (Umsetzung von europäischem in deutsches Recht). Gemessen an der Größe weise man im Kreis Unna mit acht Betrieben schon eine „Hausnummer“ vor. Die entsprechenden, umfangreichen Pläne würden von den Firmen stets sehr kritisch beäugt, da diese dem Kreis zum Teil bestimmte Mixturen von chemischen Zusammensetzungen offenlegen müssten. Gerne kämen diese Firmen dem nicht nach, da die Pläne zudem öffentlich auszuliegen seien. Selbstverständlich gehörten die „Betriebsgeheimnisse“ nicht dazu. Trotzdem müsse Einvernehmen mit den Firmen hergestellt werden.

Zur Konzeption „Warnung der Bevölkerung“ verweist Herr Stoltefuß auf die detaillierten Ausführungen von Herrn Wirth. Im kommenden Jahr werde man, mit einem finanziellen Polster von 5.000 Euro, erstmalig Kontakt zu Gutachtern aufnehmen, um Gespräche über die Realisierung bzw. die Vorgehensweise zu führen. Der Kreis könne dies jedenfalls nicht ohne die Beteiligung der Städte und Gemeinden tun, in denen die Firmen ihren Sitz hätten.

Zum Digitalalarm wolle er heute keine weiteren Erläuterungen geben. Er sei sehr gut angenommen. Es bestehe eine sehr beständige und verlässliche Verfügbarkeit des Gesamtsystems.

#### **Punkt 4 Sachstand Digitalfunk**

Herr Wirth geht kurz auf die Historie zur Einführung des Digitalfunks ein. Man habe ein Planungsbüro damit beauftragt, die Ausschreibung anzufertigen. Da die Leistungsbeschreibung sehr komplex sei, würde entsprechender Fachverstand, was Elektrotechnik etc. betreffend angehe, benötigt.

Die weiteren Ausführungen von Herrn Wirth hierzu sind dem nichtöffentlichen Teil, neuer Tagesordnungspunkt 6 „Mitteilungen der Verwaltung“, zu entnehmen.

#### **Punkt 5 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen liegen nicht vor.

Anlagen

- Anlage 1: zu Punkt 2 -Präsentation "Kreishaushalt 2014,  
Budget 32 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung"
- Anlage 2: zu Punkt 2.1 - Präsentation „Optimierung der Leistungen  
des Feuerwehrservicezentrums

gez. Günter Bremerich  
Stellv. Vorsitzender

gez. Cornelia Wagner  
Schriftführerin